

# Erweiterung Polizeigebäude

## Notwendig, aber teuer

Mit 16 Stimmen hat der Landtag gestern Abend einem Verpflichtungskredit in Höhe von 31,5 Mio. Franken für die Erweiterung des Polizeigebäudes mit Untersuchungsgefängnis, des Ausländer- und Passamtes und eines Parkhauses zugestimmt. Seitens der Opposition wurde teils deftige Kritik geäussert, der Rückweisungsantrag wurde jedoch abgewiesen. [...] Teils harsche Kritik wurde seitens der Opposition geäussert, allen voran von Walter Hartmann. Er kritisierte, das von der Regierung vorgelegte Projekt sei „eine reine Mogelpackung“, ausserdem würden für die Verlegung des Flüchtlingszentrums noch weitere Kosten hinzukommen. Von Sparüberlegungen der Regierung sei hier nichts zu sehen, deshalb sei das Projekt an die Regierung zurückzuweisen. Sein Rückweisungsantrag erhielt jedoch nur neun Stimmen und wurde damit vom Parlament abgewiesen. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 18. Dezember 2003, Seite 7.

## Aufruf zum Referendum

[...] Das Untersuchungsgefängnis soll mit sechs Millionen Franken von 22 auf 30 Plätze erweitert werden; macht 750 000 Franken pro Platz. Die Erweiterung des Polizeigebäudes und der Tiefgarage kommt mit 602 000 Franken pro Arbeitsplatz beinahe doppelt so teuer wie beim Neubau vor 13 Jahren. Ausserdem wird angeblich ein Neubau des Flüchtlingsheimes notwendig, der in den 31,5 Millionen Franken noch gar nicht berücksichtigt ist und dessen Kosten noch nicht bekannt gegeben wurden.

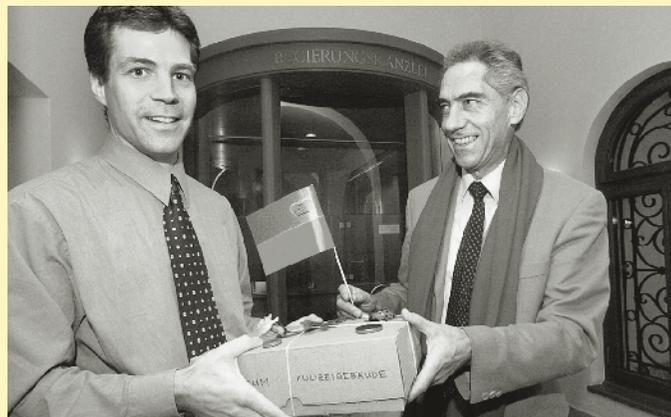
Über die Festtage habe ich festgestellt, dass ich nicht der Einzige bin, der ob so viel Unverhältnismässigkeit bei der gegebenen Finanzsituation den Kopf schüttelt. Brauchen wir das wirklich zu diesem Preis? Diesmal möchte ich es nicht beim Kopfschütteln bewenden lassen. Ich plane gegen diesen Finanzbeschluss des Landtages das Referendum zu ergreifen. [...]

Leserbrief von Josef Sele im Liechtensteiner Volksblatt, 8. Januar 2004, Seite 24.

## Polizeigebäude: VU unterstützt das Referendum gegen den 31,5-Millionen-Kredit

Die VU unterstützt das von privater Seite lancierte Referendum gegen den Finanzbeschluss über die Genehmigung des Verpflichtungskredits in der Höhe von 31,5 Mio. Franken für die Erweiterung des Polizeigebäudes. [...] In einer entsprechenden Pressemitteilung betont das VU-Präsidium, dass eine Erweiterung des Polizeigebäudes zur langfristigen Gewährleistung der inneren Sicherheit des Landes zweifellos notwendig sei. „Was die VU angesichts der schwierigen Situation des Staatshaushaltes allerdings in Frage stellt, sind die finanzielle Dimension in Höhe von 31,5 Mio. Franken sowie die daraus resultierenden immensen Folgekosten“, heisst in der Pressemitteilung. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 13. Januar 2004, Seite 1.



## Referendum steht

Die Referendumsunterschriften gegen den Erweiterungskredit betreffend Polizeigebäude wurden gestern vom Initianten übergeben. Josef Sele sagte zu den 3658 von den Gemeinden beglaubigten Unterschriften: „Ich bin sehr froh darüber, dass genügend Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift bekundet haben, dass über die geplante Investition das Volk entscheiden soll.“ [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 23. Januar 2004, Seite 7.

## Informationen aus erster Hand

Am vergangenen Samstag standen die Türen der Landespolizei, des Ausländer- und Passamtes, des Asylzentrums, des Untersuchungsgefängnisses sowie der Motorfahrzeugkontrolle von 9 Uhr bis 16 Uhr für die Bevölkerung offen. Rund 5'000 Besucherinnen und Besucher folgten der Einladung der Regierung, sich im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 2./4. April über den 31,5-Millionen-Kredit für die Erweiterung des Polizeigebäudes durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die verschiedenen Tätigkeitsbereiche direkt vor Ort informieren zu lassen. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 15. März 2004, Seite 3.

## Kein „Nein“ zur Sicherheit, nur Absage an Kredit

68,3 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagten „Nein“ zum 31,5-Millionen-Kredit betreffend den Bau eines Sicherheitszentrums. Die Stimmbeteiligung lag bei 69,2 Prozent. Regierungsrat Alois Ospelt betonte, dass die Regierung diesen Volksentscheid respektiere und sich verpflichte, diesen bestmöglichst umzusetzen. „Die Regierung stellt fest, dass die Bevölkerung angesichts ungewisser Wirtschaftsprognosen gegenwärtig nicht gewillt ist, grössere bauliche Investitionen zu tätigen. Dennoch bedauern wir, dass mit diesem Volksentscheid notwendige sicherheitspolitische Vorkehrungen nur mit erheblichen Einschränkungen umgesetzt werden können“, erklärte Regierungsrat Alois Ospelt anlässlich der Präsentation der Ergebnisse der Volksabstimmung. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 5. April 2004, Seite 3.